Brasiliens Gefängnis-Krise nimmt kein Ende

Weiteres Massaker in Natal

TJERK BRÜHWILLER, SAO PAULO

Es wird immer klarer: Das Massaker mit 56 Toten in einem Gefängnis in Manaus am Neujahrstag war nur der Anfang. Seit Jahresbeginn sind bei Gefängnisrevolten in Brasilien mindestens 134 Insassen getötet worden. 2016 waren es insgesamt 372. Das jüngste Blutbad ereignete sich am Wochenende in einer Haftanstalt in Natal im Nordosten des Landes, wo 26 Häftlinge umgebracht und grösstenteils enthauptet wurden. Am Montag flammte die Revolte von neuem auf.

Die Hintergründe sind stets dieselben: Die Revolten sind die Auswüchse eines Krieges zwischen den beiden grössten kriminellen Organisationen Brasiliens, dem Primeiro Comando da Capital (PCC) aus Sao Paulo und dem Comando Vermelho (CV) aus Rio, und deren Verbündeten. Die beiden Organisationen kämpfen landesweit um die Kontrolle des Drogenschmuggels und handels.

Anwälte überwachen?

Die Krise zeigt die Defizite und Versäumnisse des Gefängniswesens in Brasilien auf. Einerseits handelt es sich bei allen betroffenen Gefängnissen um massiv überbelegte Einrichtungen, in denen miserable Konditionen herrschen. Ein grosser Teil der Insassen sind jedoch Kleinkriminelle, die oft nicht abschliessend verurteilt sind. Reformen im Strafvollzug wären dringend angezeigt. Doch das Problem geht tiefer. Wie kommt es zum Beispiel, dass Sträflinge Stichwaffen auf sich tragen? Die Gründe sind in der Korruption zu suchen, die das Gefängniswesen ebenso unterwandert hat wie andere Institutionen. Nicht nur die Wärter sind korrumpierbar, sondern auch höhere Beamte. Nach dem Massaker von Manaus werden mutmassliche Verbindungen zwischen den Verbrechern und dem Gefängnispersonal untersucht.

Ein weiterer Aspekt sind die Versetzungen von Gefangenen. Es ist durchaus sinnvoll, Mitglieder einer kriminellen Vereinigung voneinander zu trennen. Dem PCC hat dies jedoch geholfen, in neuen Regionen Fuss zu fassen. Gefängnisse dienen der Organisation zur Anwerbung neuer Mitglieder. Heute ist die Organisation weit über Sao Paulo hinaus verbreitet und kämpft an allen Fronten, wobei vor allem der Norden mit den Kokain-Schmuggelrouten aus Peru und Kolumbien interessant scheint. Es ist auch offensichtlich, dass die Rebellionen von aussen angeordnet werden. «Von aussen» bedeutet in der Regel aus anderen Gefängnissen, in denen sich die Köpfe der Organisationen befinden. In den Hochsicherheitsgefängnissen, wo die Kommunikation nicht per Mobiltelefon möglich ist, fungieren offenbar die Anwälte als Boten. Immer wieder werden Anwälte entlarvt, die sich vom organisierten Verbrechen einspannen lassen. Brasiliens Justizminister Alexandre de Moraes hat deshalb vorgeschlagen, Besuche von Anwälten bei Anführern der Organisationen zu überwachen - eine Idee, die Anwaltsverbände vehement kritisieren.

Brasilia unter Druck

Die Regierung in Brasilia gerät mit jedem neuen Massaker stärker unter Druck. Der nationale Sicherheitsplan, den der Justizminister vor einigen Tagen vorgestellt hat, ist erst ein Stück Papier und nicht von heute auf morgen umzusetzen. Nach den Geschehnissen in Manaus und Roraima hat die Regierung die Nationalgarde in die Regionen geschickt - und damit einer Bitte der regionalen Behörden entsprochen, die schon seit Monaten auf dem Tisch lag. Auch hat Brasilia Mittel freigemacht, um Haftanstalten zu modernisieren und einzelne neue Gefängnisse zu bauen, was angesichts der 250 000 fehlenden Gefängnisplätze nur ein Tropfen auf den heissen Stein ist.